

**Kompetenzzentrum gegen Extremismus
in Baden-Württemberg**

JAHRESBERICHT 2018



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION

VORWORT

In Baden-Württemberg ist die Gefahr eines Terroranschlags nach wie vor hoch. Auch wenn die Zahlen der religiös motivierten Straftaten gesunken sind, stagnieren sie in den anderen Phänomenbereichen auf einem hohen Niveau oder sind sogar gestiegen. Deshalb räumt die Baden-Württembergische Landesregierung der Extremismusprävention weiterhin einen hohen Stellenwert im Land ein.

Repression und Prävention müssen Hand in Hand gehen. Dies spiegelt sich auch in der Erweiterung des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**) wider. Entstanden aus dem Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) haben wir die Aufgabenbereiche und den Aufbau des **konex** im Laufe des Jahres 2018 wie geplant erweitert. Zusätzlich bekamen wir einen einprägsameren Namen nebst Designlinie und neue Räumlichkeiten außerhalb des Ministeriums.

Den Schwerpunkt legten wir auf den Ausbau der Ausstiegberatung für die Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus. So haben wir zum zweiten Quartal 2018 die Aufgaben der Ausstiegberatung Rechtsextremismus übernommen. Damit wurde die „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex)“ beim Landeskriminalamt abgelöst, die nach jahrelanger erfolgreicher Arbeit ihre Tätigkeit beendete.

Die bislang vom externen Träger Violence Prevention Network (VPN) durchgeführten Beratungen im Phänomenbereich des religiös motivierten Extremismus wurden am 9. November 2018 durch unsere Ausstiegberatung Islamismus übernommen.

Der vorliegende Jahresbericht fasst die Tätigkeitsbereiche des **konex** im Jahr 2018 zusammen, gibt aber auch einen Ausblick. So sollen im Jahr 2019 bei der Ausstiegberatung die Themen Ausländer- und Linksextremismus hinzukommen und durch wissenschaftliche Expertise untermauert werden. Somit umfasst dann unser Angebot alle Phänomenbereiche.

Extremismusprävention kann nicht alleine gestemmt werden. Daher kommt der Vernetzung und Integration von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern eine zentrale Bedeutung zu. Getreu unserem Slogan: „Gemeinsam gegen Extremismus“ konnten wir auch im Jahr 2018 unsere Ziele, Projekte und Ideen nur gemeinsam erfolgreich umsetzen und bedanken uns bei unseren Kooperationspartnern für diese konstruktive und wichtige Zusammenarbeit!



Silke Kübler
Geschäftsführung **konex**



Anna-Katharina Kirsch
Geschäftsführung **konex**

¹ Herbert Spencer (1820–1903), engl. Philosoph

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Willy-Brandt-Str. 41, 70173 Stuttgart

REDAKTION

konex

Silke Kübler
Willy-Brandt-Str. 41, 70173 Stuttgart

KONTAKT

Telefon: 0711-279-4556
E-Mail: konex@im.bwl.de

GRAFISCHE GESTALTUNG

orelunited Werbeagentur GmbH, Fritz-Reuter-Str. 18, 70193 Stuttgart

BILDQUELLE

© Sergey Nivens und Rommel Canlas / 123rf.com

1. Auflage, Juli 2019

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach vorheriger Genehmigung
des Herausgebers.

INHALT

Gefährdungslage	S. 6
konex kompakt – das konex im Überblick	S. 8
Aufbau und Aufgaben des konex	S. 10
Lenkungsausschuss konex	S. 10
Fachbeirat konex	S. 11
Konferenz Extremismusprävention	S. 11
Externe Gremien und Netzwerke	S. 13
Haushaltsmittel konex	S. 17
Die Themen des Jahres 2018	S. 17
Start der Ausstiegsberatung	S. 17
Einweihung und Umzug des konex	S. 19
Fachtag „Evaluation deradikalisierender Maßnahmen – Wirkungen der Prävention gegen gewaltbereiten Extremismus bestimmen“	S. 20
Publikationen der angewandten Wissenschaft	S. 20
Das konex in Zahlen	S. 24
Antisemitismus	S. 26
Austausch mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden-Württemberg ...	S. 27
Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus in Baden-Württemberg	S. 28
Projekte	S. 29
Das Projekt ACHTUNG?!	S. 29
Workshopreihe im Justizvollzug zur Toleranz	S. 30
Ausblick für das Jahr 2019	S. 31
Erreichbarkeit konex	S. 31

GEFÄHRDUNGS- LAGE

ISLAMISMUS

Die Anschlagsgefahr durch islamistisch motivierte Täterinnen und Täter ist nach wie vor hoch. Zwar gab es im Jahr 2018 einen deutlichen Rückgang der Fallzahlen von 128 auf 43 Straftaten. Gleichzeitig stieg die Anzahl der islamistischen Gefährder in Baden-Württemberg auf rund 100. Es war der fünfte Anstieg in Folge. Dabei handelte es sich um Personen, bei denen der Polizei tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen könnten. Dies ist auch auf die Einreise radikalisierter Personen nach Deutschland zurückzuführen. Ein weiterer Grund waren die intensiven Bemühungen der Behörden, radikal geprägte Personen frühzeitig zu erkennen. Angesichts dieser großen Zahl konnten nicht alle Gefährder mit gleicher Intensität im polizeilichen Fokus stehen. Das Zielpersonenmanagement im Landeskriminalamt hatte hier die Aufgabe, Priorisierungen innerhalb dieser Gruppe vorzunehmen und Maßnahmen abzustimmen.¹

Dem Landeskriminalamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz lagen Hinweise zu rund 50² Islamisten aus Baden-Württemberg (bundesweit ca. 1.050) vor, die in Richtung Syrien oder Irak ausgereist waren, um dort für jihadistische Gruppierungen zu kämpfen oder diese anderweitig zu unterstützen. Ein Teil dieser Islamisten war wieder nach Baden-Württemberg zurückgekehrt. Bei einigen wenigen gab es Hinweise, dass sie an Kampfhandlungen teilgenommen haben. Etwa ein Dutzend dieser Jihadisten kamen bei Kampfhandlungen oder Selbstmordattentaten ums Leben (bundesweit ca. 200). Bei etwa einem Dutzend der ausgereisten Islamisten handelte es sich um weibliche Personen (bundesweit ein Fünftel).

RECHTSEXTREMISMUS

Die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten bewegte sich mit 1.451 Fällen ungefähr auf dem Vorjahresniveau (1.318 Delikte im Jahr 2017). Den größten Anteil hatten Volksverhetzungsdelikte, gefolgt von Propagandadelikten,

Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Rechtsmotivierte antisemitische Straftaten nahmen im Jahr 2018 deutlich zu. Insbesondere in den sozialen Netzwerken kam es zu antisemitisch motivierten Volksverhetzungen. Die Zahl der Delikte stieg um rund 36 Prozent auf 135 an. Der überwiegende Anteil dieser Straftaten war mit etwa 96 Prozent dem Bereich PMK-rechts zuzuordnen. Darüber hinaus kam es zu zwei antisemitisch motivierten Körperverletzungsdelikten, wovon eine dem Bereich PMK-rechts zuzuordnen war.³

AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Im Bereich der politisch motivierten Straftaten – ausländische Ideologie hatte sich die Anzahl der Gewalttaten beinahe verdreifacht. Die Zunahme aller Straftaten in diesem Bereich um etwa 69 Prozent, hing nicht zuletzt mit dem Einmarsch des türkischen Militärs in kurdische Siedlungsgebiete zusammen, die zu entsprechenden Reaktionen in Baden-Württemberg führte.

LINKSEXTREMISMUS

Die linksmotivierten Straftaten sind im Jahr 2018 insgesamt zurückgegangen. Die Polizei trieb die Ermittlungen zu den schweren Ausschreitungen der linksextremistischen Szene am Rande des G20-Gipfels des Vorjahres in Hamburg weiterhin voran, worauf die Szene vermehrt mit Aktionen reagierte.⁴

KURZINFO:

2018 Rückgang der Fallzahlen Islamismus von 128 auf 43 Straftaten. Gleichzeitig Anstieg der Zahl der islamistischen Gefährder in Baden-Württemberg auf rund 100.

Zahl der rechtsmotivierten Straftaten ist mit 1.451 Fällen ungefähr auf dem Vorjahresniveau (1.318 Delikte im Jahr 2017). Anstieg der Zahl antisemitisch motivierter Volksverhetzungen um rund 36 Prozent auf 135. Rückgang der linksmotivierten Straftaten. Verdreifachung der Gewalttaten im Bereich ausländische Ideologie.

¹ Quelle: Sicherheitsbericht des Landes Baden-Württemberg 2018

² Stand: März 2019

³ Quelle: Sicherheitsbericht des Landes Baden-Württemberg, 2018

⁴ Quelle: Sicherheitsbericht des Landes Baden-Württemberg, 2018

KONEX KOMPAKT – DAS KONEX IM ÜBERBLICK

Im Zuge des Maßnahmenpakets „Sonderprogramm der Landesregierung zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus“ hatte die damalige grün-rote Landesregierung im Februar 2015 beschlossen, ein Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg einzurichten. Dieses Kompetenzzentrum nahm im September 2015 seine Arbeit auf. Nach Festlegung der Aufgabenerweiterung des KPEBW auf alle Extremismusbereiche ab dem Jahr 2016 (s. Ziff. 2.2), wurde im Juni 2018 das KPEBW in Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**) umbenannt. Durch den Aufgabenzuwachs hat sich das **konex** auch organisatorisch weiterentwickelt.

ORGANISATIONSSTRUKTUR DES KONEX

LENKUNGS-AUSSCHUSS KONEX

- Vorsitzender: Staatssekretär des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, zuständig u. a. für die Polizei
- Staatsministerium
- Amtschefs der Ressorts: Justiz, Kultus, Soziales
- Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus
- Kommunale Landesverbände Baden-Württemberg: Landkreistag, Städtetag, Gemeindetag
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- NROen: drei gewählte Vertreter des Fachbeirats
- Landeskriminaldirektor
- Geschäftsführung **konex**



EINSETZUNG VON
ARBEITSGRUPPEN UND KOMMISSIONEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG
KONEX



EINSETZUNG UND BERATUNG VON
FACHBEIRAT (BERATENDES GREMIUM)

Über 30 Vertreterinnen und Vertreter von NROen,
Hochschulen und staatlichen Stellen

Angewandte Wissenschaft	Strategie und Grundsatz- angelegenheiten
Landesbildungs- zentrum	Beratung
Deradikalisierung	

AUFBAU UND AUFGABEN DES KONEX

Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**) ist für die Extremismusprävention in allen Phänomenbereichen zuständig. Das interdisziplinär aufgestellte Team setzt sich aus Polizeivollzug und wissenschaftlichen Referenten bzw. Beratenden zusammen.

Dieser Ansatz spiegelt sich auch in den Bereichen des **konex** wider: Dem Landesbildungszentrum Deradikalisierung, dem Bereich angewandte Wissenschaften, Strategie und Grundsatzangelegenheiten sowie der Ausstiegsberatung.

- Das Landesbildungszentrum Deradikalisierung hat phänomenübergreifende Fortbildungskonzepte für Fachpersonal sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren entwickelt. So haben wir beispielsweise bereits rund 50 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen fortgebildet, die Radikalisierungstendenzen nicht nur erkennen, sondern nun auch deuten und in der Folge gezielt handeln können.
- Für den wissenschaftlichen Unterbau unserer Aktivitäten wurde der Bereich angewandte Wissenschaften im

konex eingerichtet. Auf diese Weise bringen wir Licht in teilweise nur begrenzt untersuchte Themenfelder, wie zum Beispiel die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene.

- Dem Bereich Strategie und Grundsatzangelegenheiten gehören Polizeivollzugsbeamte an, die u. a. Angelegenheiten rund um die Gremienarbeit, Landtagsanfragen, Öffentlichkeitsarbeit sowie strategische und personelle Planungen vornehmen.
- Im Bereich der Ausstiegsberatung bietet das **konex** derzeit Unterstützung für Personen, die sich von ihrem rechtsextremistischen oder islamistischen Umfeld bzw. ihrer Ideologie distanzieren möchten. Dies gilt nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für deren enges familiäres Umfeld. Angebote für links- und länderextremistisch Radikalisierte folgen noch im Jahr 2019.

LENKUNGS-AUSSCHUSS KONEX

Die strategische Steuerung erfolgt durch den Lenkungsausschuss **konex** (LA **konex**). Er setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen. Der Vorsitz ist an die Funktion der für

die Polizei zuständigen Staatssekretärin/Staatssekretärs des Innenministeriums gebunden. Mitglieder sind die Ministerialdirektorinnen/Ministerialdirektoren der beteiligten Ressorts (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Soziales und Integration, Ministerium der Justiz und für Europa), eine Vertreterin/ein Vertreter des Staatsministeriums, der/die Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung, die Spitzen der Kommunalen Landesverbände, die Leiterin/der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, die Landeskriminaldirektorin/der Landeskriminaldirektor, drei gewählte Vertreterinnen/Vertreter nichtstaatlicher Organisationen aus dem Fachbeirat **konex** sowie die Geschäftsführung des **konex**.

In der Sitzung des Fachbeirats zu Jahresbeginn 2019 werden gemäß der Geschäftsordnung nach drei Jahren Neuwahlen von Vertreterinnen und Vertretern der nichtstaatlichen Organisationen für den Lenkungsausschuss stattfinden.

Die aktuelle Zusammensetzung finden Sie auf unserer Homepage www.konex-bw.de.

FACHBEIRAT KONEX

Der Fachbeirat **konex** (FB **konex**) stellt die operative Ebene dar und setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen, der im LA **konex** vertretenen Ministerien und nachgeordneter Behörden sowie wissenschaftlicher Institutionen zusammen. Aufgabe ist die fachliche Begleitung sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zu Zielsetzungen, Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkten des **konex**. Über die Zusammensetzung des FB **konex** entscheidet der LA **konex**.

Die Mitglieder finden Sie auf unserer Homepage www.konex-bw.de.

KONFERENZ EXTREMISMUS- PRÄVENTION

Seit dem Jahr 2018 existiert die Konferenz Extremismusprävention, um die Arbeit des **konex** zu unterstützen. Sie ist ein den LA **konex** ergänzendes Gremium. (Operative) Themen sollen ergebnisoffen diskutiert und erarbeitet werden. Diese werden in den LA **konex** eingebracht und dort beschlossen.

EXTERNE GREMIEN UND NETZWERKE

Der Teilnehmerkreis wird je nach Themenstellung individuell eingeladen. Es ist vorgesehen, die Konferenz halbjährlich oder anlassbezogen einzuberufen. An der konstituierenden Sitzung am 7. November 2018 haben folgende Institutionen teilgenommen:

- Demokratiezentrum Baden-Württemberg
- Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
- Landeskriminalamt Baden-Württemberg
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

KURZINFO:

Das **konex** gliedert sich in die Bereiche Landesbildungszentrum Deradikalisierung, Angewandte Wissenschaft, Strategie und Grundsatzangelegenheiten sowie Ausstiegsberatung. Strategische Entscheidungen werden durch den Lenkungsausschuss **konex** getroffen, fachlich wird das Kompetenzzentrum durch den Fachbeirat **konex** und von der Konferenz Extremismusprävention beraten.

Die Mitarbeit in verschiedenen Gremien und Netzwerken ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des **konex**. Deshalb gehört das **konex** national und international folgenden Gremien und Netzwerken an:

LAND

BEIRAT DES DEMOKRATIEZENTRUMS BADEN-WÜRTTEMBERG (DZ BW)

Im Beirat sind die kommunale Seite, die schulische Bildung, die außerschulische Jugendbildung und Sozialarbeit sowie die politische Bildung und die Sicherheitsbehörden repräsentiert. Der Beirat hat beratende Funktion. Laut Geschäftsordnung findet mindestens eine Sitzung im Jahr statt, auf Wunsch auch mehrere⁵.

LANDESNETZWERK FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIEENTWICKLUNG – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND MENSCHENFEINDLICHKEIT

Hier haben sich Organisationen, Institutionen, Vereinigungen und Ministerien zusammengeschlossen, um sich über die namengebenden Themen auszutauschen. Jedes Mitglied steht in einem eigenen Kontext, doch allen gemeinsam ist das Eintreten für Demokratie und demokratische Werte.

⁵23.04.2019, Homepage Demokratiezentrum, <https://demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/#beirat>

RUNDER TISCH DER RELIGIONEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Dieser und das dort angestoßene Projekt „Lokale Räte der Religionen auf den Weg bringen“ setzen auf den religionsübergreifenden Dialog zwischen der Landesregierung und der Zivilgesellschaft. Sie betonen das Verbindende zwischen verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und tragen auf diese Weise dazu bei, Verständnis für andere Sichtweisen zu schaffen. Zudem soll damit der gesellschaftliche Zusammenhalt an der Nahtstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft gestärkt werden.

KNOW HATE CRIME!

Zusammen mit Expertinnen und Experten aus dem Themen- bzw. Arbeitsfeld „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und Betroffenengruppen wurde ein landesweit aktives Aktionsnetz „kNOw HATE CRIME!“ als zivilgesellschaftlicher Beitrag zur Prävention im Bereich Kriminalitätsbekämpfung aufgebaut.

BUND

ARBEITSGRUPPE DERADIKALISIERUNG DES GEMEINSAMEN TERRORISMUSABWEHRZENTRUM (GTAZ)

Die Arbeitsgruppe wurde mit dem Auftrag gegründet, „Maßnahmen, die gegen die islamistische Szene in Deutschland gerichtet sind und sich deradikalisierend auf den Einzelnen auswirken, zu entwickeln“. Sie dient darüber hinaus als Plattform zum Informations- und Erfahrungsaustausch.

BUND-LÄNDER-ARBEITSTAGUNG „BEHÖRDLICHE AUSSTEIGERPROGRAMME DES BUNDES UND DER LÄNDER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS“ (BLAT REX)

Hierbei handelt es sich um eine Arbeitstagung, die primär auf Ebene der Ausstiegsbegleiter staatlicher Träger stattfindet und so unmittelbare Relevanz für die tägliche Arbeit der Programme entfaltet. Die BLAT REX hat über die Jahre zu einer Verstetigung des Austauschs und damit einhergehend immer wieder auch zur Steigerung der Arbeitsqualität und der Fortentwicklung der Aussteigerprogramme geführt.

BUND-LÄNDER-AUSTAUSCH ZU MASSNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER GEGEN ISLAMISTISCHE RADIKALISIERUNG DES BUNDES- MINISTERIUMS DES INNERN (BMI)

Die Tagung für staatliche Träger wird einmal jährlich durch das BMI angeboten. Es werden dabei neben einem Austausch über aktuelle Programme und Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und insbesondere internationaler Ebene, aber auch zukünftige Herausforderungen und Schwerpunkte diskutiert.

BUND-LÄNDER-ARBEITSTAGUNG STAATLICHER AUSSTEIGERPROGRAMME IM BEREICH ISLAMISMUS

Die Tagung richtet sich an behördliche Aussteigerprogramme oder Vertreter staatlicher Stellen, die ggf. die Einrichtung entsprechender Programme in Erwägung ziehen. Sie ermöglicht seit 2018 einen Austausch auch zu sicherheitsrelevanten Informationen und Sachverhalten.

VERNETZUNGSTREFFEN DER LANDESPROJEKTE UND BUNDESWEITEN BEHÖRDEN-STRUKTUREN DER LÄNDERPROGRAMME SOWIE DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN TRÄGER IM BEREICH DE-RADIKALISIERUNG/ANGEHÖRIGENBERATUNG

Das Vernetzungstreffen wird einmal jährlich durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgerichtet. Es bietet eine Plattform für den phänomenübergreifenden Austausch staatlicher und zivilgesellschaftlicher Träger und Organisationen im Bereich der Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit.

PANDORA (PROJEKTVERBUND „PROPAGANDA, MOBILISIERUNG UND RADIKALISIERUNG IN DER VIRTUELLEN UND REALEN WELT. URSACHEN, VERLÄUFE UND GEGENSTRATEGIEN IM KONTEXT DER DEBATTE UM FLUCHT UND ASYL“)

Das Projekt untersucht Radikalisierungsdynamiken auf dem extrem rechten Spektrum und im salafistischen Milieu. Es untersucht insbesondere Diskurse in sozialen Medien und welche Mobilisierungs- und Radikalisierungseffekte diese in der realen Welt erzeugen. Das **konex** ist assoziierter Partner.

INTERNATIONAL

RADICALISATION AWARENESS NETWORK DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Mit diesem Netzwerk will die EU-Kommission gegen Extremismus vorgehen. Das wichtigste Mittel ist dabei der fachliche Austausch von Praktikerinnen und Praktikern aus verschiedenen Staaten und Fachgebieten.

EUROPEAN EXPERT NETWORK ON TERRORISM ISSUES

Zentrales Anliegen ist grundsätzlich der informelle Austausch auf wissenschaftlich-analytischer Ebene zu Fragen des aktuellen Forschungsstandes zu aktuellen extremistischen/terroristischen Erscheinungsformen sowie zu Maßnahmen der Prävention, Bekämpfung und De-Radikalisierung.

HAUSHALTSMITTEL **KONEX**

Dem **konex** standen im Staatshaushaltsplan 2018 für die Geschäftsstelle Mittel in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung. Für externe Dienstleistungen zur Unterstützung des **konex** (wie beispielsweise VPN/Beratungsstelle Islamismus) Mittel in Höhe von 575.000 Euro. Davon sind 125.000 Euro für die landesweite Umsetzung des Projekts ACHTUNG?! gebunden.

DIE THEMEN DES JAHRES 2018

START DER AUSSTIEGSBERATUNG



Die Ausstiegsberatung des **konex** ist rein präventiv ausgerichtet und organisatorisch von den repressiven Aufgaben der Ermittlungsbehörden getrennt. Sie ist bislang mit Beratern im Nicht-vollzug in den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus besetzt. Das interdisziplinäre Team verfügt über soziale, politikwissenschaftliche, pädagogische und islamwissenschaftliche Fachkompetenz. Die Ausstiegsberatung richtet sich hauptsächlich an Personen, die sich extremistischen Szenen verbunden fühl(t)en und nun freiwillig aus dieser Szene aussteigen wollen

(originäre Zielgruppe) sowie an Personen, die in engem, zumeist familiären Kontakt mit der originären Zielgruppe stehen.

Das Lösen aus Szenezusammenhängen bedeutet für Aussteigende häufig nicht nur eine weltanschauliche Neuorientierung, sondern auch den Verlust des bisherigen sozialen Umfelds. Die Deradikalisierung ist ein komplexer, individueller, nicht-linearer Prozess, bei dem Personen ihr Bekenntnis und Engagement für die extremistische Denk- und Handlungsweise sowie die Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele kritisch reflektieren und sich glaubhaft sowie nachhaltig von der extremistischen Szene distanzieren.

Die Ausstiegsberatung Rechtsextremismus des **konex** nahm zum 2. Quartal 2018 die Arbeit auf. Es wurde die „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex)“ des Landeskriminalamts abgelöst und deren Aufgaben übernommen. Neben Anfragen von Aus-

steigern selbst oder deren Umfeld zur Ausstiegsberatung Rechtsextremismus wurden im Zuge von Einzelsprachen potenzielle Ausstiegs-willige aus dem rechtsextremen Spektrum persönlich aufgesucht.

Die bislang vom externen Träger Violence Prevention Network (VPN) durchgeführten Beratungen im Phänomenbereich des islamistischen Extremismus wurde am 9. November 2018 durch die beim **konex** angesiedelte Ausstiegsberatung Islamismus übernommen. Im Jahr 2018 gab es über 30 Anfragen. Im gesamten Vertragszeitraum mit VPN gab es laut Abschlussbericht VPN rund 150 Anfragen. Bei rund 60 der beratenen Personen handelt es sich um Flüchtlinge. Der Altersdurchschnitt der Beratungsfälle lag bei 18 Jahren. Insgesamt waren 25 Personen weiblich. Von den o. g. 150 Anfragen wurde circa ein Drittel seitens VPN als sicherheitsrelevant eingestuft. In den verbliebenen zwölf sicherheitsrelevanten Fällen erfolgte zum Vertragsende eine Übergabe an das **konex**.



EINWEIHUNG UND UMZUG DES KONEX

Wie bereits im letztjährigen Jahresbericht angekündigt, stellte sich im Juni 2018 das KPEBW mit neuem Namen **konex** und neuer Designlinie vor. Der Name wurde mit Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**) griffiger und einprägsamer. Das Logo des KPEBW wurde ebenfalls weiterentwickelt. Die drei Bögen, die bisher einen unterbrochenen, nun aber optisch geschlossenen Kreis bilden, stehen für die Kernaufgaben: Prävention, Intervention und Kooperation.

Das neue Kürzel erinnert zudem an das englische Wort „connect“. Genau darum geht es: Extremismusprävention ist Teamarbeit. Deshalb hat sich **konex** den Slogan „Gemeinsam gegen Extremismus“ gegeben. Greifen alle Räder richtig ineinander, kann ein so dichtes Netz geknüpft werden, sodass durch Extremismus gefährdete Menschen aufgefangen werden können.

Darüber hinaus wurden dem Kompetenzzentrum im Zuge

der Erweiterung neue Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Diese wurden am 4. Juni 2018 durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Thomas Strobl eingeweiht. Neben den Büros für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kompetenzzentrums gibt es auch Schulungsräume für das Landesbildungszentrum Deradikalisierung. Dort werden für ausgewählte Zielgruppen, die berufsbedingt verstärkt mit Radikalisierungsverläufen in Berührung kommen können, Fortbildungen durchgeführt. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, den Klientinnen und Klienten der Ausstiegsberatung Raum für Gespräche zu bieten.

KURZINFO:

Das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) wurde am 4. Juni 2018 in Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg umbenannt und bekam eine neue Designlinie.

FACHTAG „EVALUATION DERADIKALISIERENDER MASSNAHMEN – WIRKUNGEN DER PRÄVENTION GEGEN GEWALTBEREITEN EXTREMISMUS BESTIMMEN“

Am 19. und 20. April 2018 führte das **konex** (zu dieser Zeit noch KPEBW) in Kooperation mit dem Arbeitskreis Soziale Dienstleistungen der Gesellschaft für Evaluation – DeGEval e. V. im Innenministerium Baden-Württemberg einen Fachtag durch. Unter dem Titel „Evaluation deradikalischer Maßnahmen – Wirkungen der Prävention gegen gewaltbereiten Extremismus bestimmen“ diskutierten rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer u. a. die Frage, welche Ansätze der Kriminalprävention „funktionieren“ und welche nicht. Die Tagung führte im Handlungsfeld tätige Evaluatorinnen und Evaluatoren sowie Programmverantwortliche zusammen. Es wurden auch Möglichkeiten diskutiert, wie mit Hilfe von evaluativen Verfahren eine größere Wirkung und Effizienz in der Prävention und Intervention von Radikalisierungen erreicht werden kann.

PUBLIKATIONEN DER ANGEWANDTEN WISSENSCHAFT

Im Jahr 2018 wurden durch das **konex** folgende Publikationen herausgegeben:

„REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER ALS POTENZIELLE ZIELGRUPPE FÜR BESTEHENDE AUSSTIEGSPROGRAMME?“ Fiebig, Verena

Diese Arbeit zeigt auf Grundlage einer Begriffsbestimmung und der Sichtung des aktuellen Forschungsstands die Verbindungen zwischen der Reichsbürgerbewegung und Rechtsextremismus auf und befasst sich mit der Frage, ob Reichsbürger und Selbstverwalter als Zielgruppe in bestehende staatliche oder zivilgesellschaftliche Ausstiegsprogramme integriert werden können.

[In: Kriminalistik, 4/2018, S.:221-227]

„DAS PRÄVENTIONSPROJEKT ACHTUNG?! EXTREMISMUSPRÄVENTION IN BADEN-WÜRTTEMBERG VON DER KOMMUNE BIS ZUM LANDESWEITEN ANGEBOT“

Gruner, Jürgen; Fiebig, Verena

Am 2. Juli 2018 startete das für Baden-Württemberg landesweit zur Extremismusprävention angelegte Projekt ACHTUNG?!. Nach der Entwicklung des Projekts auf kommunaler Ebene und den positiven Erfahrungen des zweijährigen Praxisbetriebs in den Landkreisen Ludwigsburg und Böblingen wird ACHTUNG?! nun für zwei weitere Jahre in ganz Baden-Württemberg angeboten und durch das beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg angesiedelte Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**) koordiniert.

[In: forum kriminalprävention, 4/2018, S.: 23-27]

„QUALITY MATTERS: THE IMPORTANCE OF STRUCTURAL INTEGRITY STANDARDS IN PREVENTING AND COUNTERING VIOLENT EXTREMISM (P/CVE) AND PROVIDING CERTIFIED TRAINING FOR EXPERT STAFF. THE EXAMPLE OF BADEN-WÜRTTEMBERG“

Köhler, Daniel

Dieser Artikel zielt darauf ab, die wichtigsten Maßnahmen und Systematiken für Programme zur Bekämpfung von Radikalisierung vorzustellen und ihre Anwendung auf den belgischen Kontext zu diskutieren.

[In: Insight Magazine, 6/2018, S.:10-17]

„QUALIFIZIERUNG VON FACHPERSONAL IN DEN BEREICHEN RADIKALISIERUNGS-PRÄVENTION UND DERADIKALISIERUNG ALS SICHERHEITSPOLITISCHE AUFGABE“

Fiebig, Verena; Köhler, Daniel

Dieser Artikel stellt verschiedene Theorien zu Radikalisierungs- und Deradikalisierungsprozessen vor und leitet daraus Bestandteile für Ausbildung von Fachpersonal in der Deradikalisierungsarbeit ab. Er stellt zudem das Konzept des Landesbildungszentrums Deradikalisierung unter dem Dach des Kompetenzzentrums gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**) des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg als bundesweit erste Aus- und Fortbildungsstätte im Feld der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung vor.

[In: Kriminalistik, 8-9/2018, S.: 519-525]

„PARENTS’ ASSOCIATIONS, SUPPORT GROUP INTERVENTIONS AND COUNTERING VIOLENT EXTREMISM: AN IMPORTANT STEP FORWARD IN COMBATING VIOLENT RADICALIZATION“ – Köhler, Daniel; Ehart, Tobias

Dieser Artikel bietet eine Einführung in den Aufbau von familiären Selbsthilfegruppen oder Elternverbänden im Bereich der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und Deradikalisierung. Basierend auf Interviews mit Eltern verstorbener jihadistischer Kämpfer identifiziert dieser Artikel die dringendsten praktischen Bedürfnisse der Eltern und schlägt konkrete Maßnahmen vor. Die wichtigsten Bedürfnisse der Eltern sind: Einsamkeit, Trauma, Verständnis, Erwerb einer Sterbeurkunde, Zugang zu persönlichen Daten, Probleme mit der Kinderbetreuung (Kriminalisierung) und Angst vor den Medien.

[In: International Annals of Criminology 56/Special Issue 1-2, November 2018, S.: 178-197]

„Applying quality standards in countering violent extremism and deradicalization. The case of Baden-Württemberg“ – Köhler, Daniel; Buchheit, Frank; Sari-Turan, Asiye

Der Artikel startet bei der langen Geschichte und Vielfalt von Ansätzen und Maßnahmen der Extremismusprävention in Deutschland, die sich seit den 1990er Jahren im Bereich Rechtsextremismus und seit 2012 auch im Bereich religiös motivierten Extremismus entwickelten. Als Beispiele aus Baden-Württemberg werden zwei Maßnahmen des **konex** vorgestellt: Die Ausstiegsberatung Rechtsextremismus und das Landesbildungszentrum Deradikalisierung.

[In: Armbrorst, Andreas; Marks, Erich; Trautmann, Catrin; Ullrich, Simone (Hrsg.): “Building an evidence-base for the prevention of radicalization and violent extremism.”]

[In: Countering Violent Extremism: Building an evidence-base for the prevention of radicalization and violent extremism, 2018, S.: 75-90; Pro Business GmbH]

KURZINFO:

Die Angebote des Landesbildungszentrums Deradikalisierung finden Sie ebenfalls auf der Homepage des **konex** unter: www.konex-bw.de/lbz

DAS KONEX IN ZAHLEN

Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der politischen und fachlichen Anfragen mit Beteiligung des **konex**.

	LANDTAGS-ANFRAGEN	PRESSE- UND INTER-VIEWANFRAGEN	ANFRAGEN ANDERER BEHÖRDEN	ANFRAGEN ANDERER AKTEURE (BSPW. BÜRGERINNEN UND BÜRGER, ORGANISATIONEN)
2015/2016	10	34	1	69
2017	25	14	6	117
2018	27	19	16	76

Darüber hinaus wurden die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten des **konex** zu zahlreichen Veranstaltungen eingeladen, um Fachvorträge zu Extremismus und (De-)Radikalisierung zu halten.

ZEITRAUM	ANZAHL	THEMENAUWAHL
2015/2016	7	<ul style="list-style-type: none"> ■ Qualitätsstandards in der Deradikalisierungsarbeit ■ Radikalisierung und Deradikalisierung ■ Radikalisierungsprozesse ■ Radikalisierung an Schulen ■ Rechtsextremismus ■ Rechtsterrorismus ■ Islamismus ■ „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ■ Ausstieg aus der rechten Szene
2017	9	
2018	32	
GESAMT	48	

Zusätzlich konnten in den Jahren 2017 und 2018 acht mehrtägige Schulungen in allen Extremismusphänomenen durch das Landesbildungszentrum Deradikalisierung realisiert und insgesamt rund 150 Fachkräfte unterschiedlicher Ressorts bzw. deren nach-/zugeordneten Organisationen erreicht werden.

JAHR	BESCHULTE ZIELGRUPPE	RESSORT	TEILNEHMER-ZAHL
2017/2018	■ Schulpsychologinnen und Schulpsychologen BW	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW	54
	■ Beratungslehrkräfte BW		22
2018	■ Präventionsbeamtinnen und Präventionsbeamte der polizeilichen Dienststellen BW	Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration BW	20
	■ konex Beratung		9
	■ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bewährungs- und Gerichtshilfe BW	Ministerium der Justiz und für Europa BW	15
	■ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Demokratiezentrums BW	Ministerium für Soziales und Integration BW	30
GESAMT			150

ANTISEMITISMUS

Im Jahr 2018 stieg die Zahl der antisemitischen Straftaten im Vergleich zum Jahr 2017 von 99 auf 136 Fälle an. Das Gros der Fälle sind Volksverhetzungsdelikte, die überwiegend der politisch motivierten Kriminalität -rechts- zugeordnet werden.

Insbesondere öffentlichkeitswirksame Vorfälle, wie beispielsweise der Übergriff eines jungen Flüchtlings auf zwei Kippa-Träger am 19. April 2018 in Berlin, zeigen, dass inzwischen Personen oder Personengruppen, die ein ausgeprägtes antiisraelisches und teilweise antisemitisches Weltbild haben, nicht vor der Begehung von Straftaten zurückschrecken.

Die baden-württembergische Landesregierung misst dem aktiven Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus großes Gewicht bei. Auch das Landesbildungszentrum Deradikalisierung des **konex** hat sein bereits bestehendes Angebot



und Engagement in diesem Themenfeld erweitert und in seine Schulungsveranstaltungen mindestens ein gesondertes Modul hierzu aufgenommen.

Beginnend mit dem zweiten Modul für die Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg von 25. bis 29. Juni 2018 in Stuttgart und dem zweiten Teil der Schulung der ersten Gruppe von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen vom 25. bis 27. Juli 2018 in Esslingen, wurde durch die Landeszentrale für politische Bildung ein Gastvortrag über die Geschichte und Struktur des Antisemitismus geleistet. So wird sichergestellt, dass Antisemitismus nicht als Teil ver-

schiedener Extremismusformen, sondern als ein eigenständiges Gesellschaftsphänomen wahrgenommen und entsprechend behandelt wird.

Darüber hinaus hat das Landesbildungszentrum Deradikalisierung mehrere eigene Schulungsmodule, insbesondere zu antisemitischen Straftaten, Einstellung und Erscheinungen über die Extremismusphänomene hinweg, entwickelt. Diese speziellen Schulungsmodule können bei Fachtagungen, speziellen Weiterbildungsveranstaltungen oder anderen Gelegenheiten genutzt werden.

Ein Fachtag zum Thema Antisemitismus, organisiert durch das **konex** für 2019, befindet sich darüber hinaus in Planung.

AUSTAUSCH MIT DEN ISRAELITISCHEN RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN BW

Zur Stärkung des Sicherheitsgefühls gab es durch den Landeskriminaldirektor unter Einbindung der Geschäftsführung **konex** einen persönlichen Aus-

tausch mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Baden und Württemberg, der nun jährlich stattfinden soll.

Darüber hinaus wurde im August 2018 bei den Polizeirevierern, in deren Zuständigkeitsbereich sich eine Synagoge oder ein Gebets- und/oder Versammlungsraum oder eine vergleichbare Räumlichkeit befindet, die als Treffpunkt der Gemeinden anzusehen ist, ein Ansprechpartner für Israelitische Religionsgemeinschaften (AP IRG) benannt.

Mit dem AP IRG sollen die bereits jetzt bestehenden Kontakte mit den jüdischen Glaubensgemeinschaften landesweit vereinheitlicht und ausgebaut werden.

Die AP IRG werden 2019 seitens des Landesbildungszentrum Deradikalisierung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung für ihre Tätigkeit geschult.

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BEAUFTRAGTEN DER LANDESREGIERUNG GEGEN ANTISEMITISMUS IN BW

Die baden-württembergische Landesregierung hat im Frühjahr 2018 beim Staatsministerium Herrn Dr. Michael Blume als Beauftragten gegen Antisemitismus in Baden-Württemberg eingesetzt. Dieser ist Ansprechpartner für die Belange jüdischer Gruppen, aber auch für Kommunen, Kirchen- und Moscheegemeinden sowie Bildungseinrichtungen. Aus diesem Grund erfolgte mit Herrn Dr. Blume und dessen Referat im Mai im Innenministerium ein Austausch über die Themen des Ref. 32 bzw. des **konex** mit Bezug zu dessen Aufgabe. Hierbei wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Darüber hinaus wurde die Aufgabe der Ressortansprechpartnerin für das Innenministerium auf die Geschäftsführung des **konex** übertragen.

KURZINFO:

Im Jahr 2018 stieg die Zahl der antisemitischen Straftaten im Vergleich zum Jahr 2017 von 99 auf 136 Fälle an.

Das Gros der Fälle sind Volksverhetzungsdelikte, die überwiegend der politisch motivierten Kriminalität -rechts- zugeordnet werden.



PROJEKTE

DAS PROJEKT ACHTUNG?!

Mit dem Präventionsprojekt ACHTUNG?! setzt das **konex** zusammen mit Kooperationspartnern einen wichtigen Impuls gegen Extremismus. Das modular aufgebaute Projekt möchte Radikalisierung in einem frühen Stadium verhindern. Menschen allen Alters sollen verschiedene Weltanschauungen und Lebensweisen kennenlernen und darin bestärkt werden, diese Vielfalt zu akzeptieren und positiv zu werten. Darüber hinaus wird über konkrete Hilfsangebote, Anlaufstellen und Ansprechpartner informiert sowie zum Austausch über Radikalisierung und Akzeptanz von Vielfalt angeregt.

Das Präventionsprojekt ACHTUNG?! wurde beginnend im Jahr 2015 durch das Polizeipräsidium

Ludwigsburg zusammen mit verschiedenen Partnern entwickelt und bis Mitte 2018 durch Fördermittel der Europäischen Union finanziert. Durch die Weiterfinanzierung des Projekts ab Mitte 2018, mit auf Initiative der Regierungsfractionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU, im Landeshaushalt bereitgestellten Mitteln, kann das Projekt für die Jahre 2018/2019 landesweit in Baden-Württemberg an über 50 Schulen angeboten werden. Es startete am 2. Juli 2018 mit einer Auftaktveranstaltung in Stuttgart und wird von **konex** landesweit koordiniert. Bis Ende des Jahres 2018 fanden insgesamt 13 Veranstaltungen statt. Dabei nahmen über 1.300 Schülerinnen und Schüler teil. Im ersten Halbjahr 2019 werden weitere 15 Veranstaltungen durchgeführt.

Das Projekt wird durch das **konex** nach wissenschaftlichen Standards evaluiert.

Kooperationspartner bei ACHTUNG?! sind:

- Filmakademie Baden-Württemberg
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und das Team meX
- Lose Bande Ludwigsburg
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Polizei Baden-Württemberg
- Regierungspräsidium Stuttgart (Abteilung Schule und Bildung)
- Stiftung Weltethos
- Theater Q-rage
- WEISSER RING e. V.

Nähere Informationen zum Präventionsprojekt können der Internetseite <https://achtung.polizei-bw.de> entnommen werden.

WORKSHOPREIHE IM JUSTIZVOLLZUG ZUR TOLERANZ

Die im Jahr 2017 gestartete Workshopreihe im Justizvollzug zur Toleranz- und Demokratieentwicklung wurde auch im Jahr 2018 weitergeführt. Sie wird von Violence Prevention Network, in der Zuständigkeit des Ministeriums der Justiz und für Europa und des Demokratiezentrum, durchgeführt. Die Finanzierung erfolgt über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und einer Kofinanzierung des **konex**.

AUSBLICK FÜR DAS JAHR 2019

Im Jahr 2019 soll die Ausstiegsberatung in den Bereichen Links- und Ausländerextremismus komplettiert werden.

Es ist eine Werbekampagne für die Ausstiegsberatung in allen Phänomenbereichen in Planung, die vor allem potenziell ausstiegswillige Personen und deren soziales Umfeld ansprechen soll.

Zudem wird erstmals ein Fachkongress zum Thema Antisemitismus durch das **konex**, in Kooperation mit der Israelitischen Gemeinde Württembergs, durchgeführt werden.

Erreichbarkeit **konex**

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg
www.konex-bw.de

Geschäftsstelle und Landesbildungszentrum Deradikalisierung **konex**:

E-Mail: konex@im.bwl.de
T: 0711 279-4556

Ausstiegsberatung Rechtsextremismus:

E-Mail: ausstiegsberatung@konex.bwl.de
T: 0711-279-4544

Ausstiegsberatung Islamismus

E-Mail: ausstiegsberatung@konex.bwl.de
T: 0711-279-4555



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION